

## **Bericht**

des Finanz- sowie des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr 141 der Beilagen) betreffend ein Gesetz über den Landeshaushalt für das Jahr 2006 (Landeshaushaltsgesetz 2006) sowie über eine Änderung des Salzburger Parteienförderungsgesetzes

Der Finanz- sowie der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss haben sich in gemeinsamen Beratungen am 15. und 16. November 2005 geschäftsordnungsgemäß eingehend mit der zitierten Vorlage der Landesregierung befasst.

Anwesend waren alle Mitglieder der Landesregierung, Landesamtsdirektor Hofrat Dr. Marckhoggott, der Leiter des Legislativ- und Verfassungsdienstes, Hofrat Dr. Faber, der Leiter der Abteilung 8, Hofrat Dr. Paulus, die Leiterin des Referates 8/02, Frau Mag. Rathgeber, sowie die in Frage kommenden und einzelne Teile des Budgets bewirtschaftenden Experten der Landesverwaltung.

Den Abgeordneten lagen die Vorlage der Landesregierung betreffend den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) und das Landeshaushaltsgesetz für das Jahr 2006 vor. Neben der Genehmigung des ordentlichen und außerordentlichen Landesvoranschlags sowie des Landeshaushaltsgesetzes wird auch um die Änderung des Parteienförderungsgesetzes, um die Zustimmung zur Kapitalherabsetzung des Anteiles des Landes Salzburg an der Zukunft Land Salzburg AG um € 15 Mio sowie um die Ermächtigung zur Veräußerung einer Reihe von Liegenschaften gemäß Art 48 Abs 2 Landes-Verfassungsgesetz durch die Landesregierung gebeten.

Der ordentliche Haushalt sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von € 1.707.316.200,--, der außerordentliche Haushalt Einnahmen und Ausgaben in Höhe von € 53.380.800,-- sowie der Gesamthaushalt Einnahmen und Ausgaben von jeweils € 1.760.697.000,-- vor. Auf den Wortlaut des Landeshaushaltsgesetzes und die daher damit eingehenden parallelen legislativen Maßnahmen wie auf Änderung des Salzburger Parteienförderungsgesetzes und die dazu vorliegenden Erläuterungen in Nr 141 der Beilagen wird verwiesen.

Weiters lagen allen Mitgliedern des Landtages der Erste und Zweite Finanzbericht 2005 sowie die mittelfristige Finanzvorschau 2005 bis 2009 vor. Auf die darin enthaltenen Materialien wird verwiesen.

Zum Eingang der Beratungen meldet sich nach Aufruf des Verhandlungsgegenstandes durch Berichterstatter Abg. Zehentner (SPÖ) Frau Landeshauptfrau Mag. Burgstaller zu Wort.

Landeshauptfrau Mag. Burgstaller stellt zum Beginn der Generaldebatte fest, dass das Land Salzburg ein Budget nicht gegen den konjunkturellen Trend, gegen den Ölpreis und nicht gegen steuerliche Rahmenbedingungen in Österreich erstellen könne. Man könne aber dafür sorgen, dass in der Politik des Landes klare Prioritäten erkennbar seien und geordnete finanzielle Verhältnisse vorliegen. Die äußeren Rahmenbedingungen für das vorliegende Budget seien geprägt von der Steuerreform des Bundes, einer sehr schwachen Konjunktur und der aktuellen Situation der Energiepreise. Trotzdem gebe es im Land Salzburg stabile Finanzen. Die Regierung habe sich in ihrem Programm zu zwei selbst gewählten Prioritäten bekannt, die sich auch in diesem Budget widerspiegeln. Erstens sei die Vollbeschäftigung im Land Salzburg zu nennen: Es seien bereits geringe Erfolge erkennbar und es sei wichtig, sich dieses Ziel stets vor Augen zu halten. Dafür brauche es eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Es gebe zusätzliches Geld zur Förderung und Unterstützung von Jugendlichen, um der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, die in Europa derzeit 18 % ausmache. Neben der aktiven Arbeitsmarktpolitik brauche es eine moderne Wirtschaftspolitik. Dafür sollen nicht nur bei den Rahmenbedingungen Änderungen vorgenommen werden, indem man mit Augenmaß Betriebsansiedlungen zulasse, sondern indem man auch im Rahmen der Wirtschaftsförderung Schwerpunktsetzungen durch Leitbetriebe etwa im Thermenbereich ermögliche. Es gehe dabei um die richtige Mischung von Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftspolitik.

Als zweiten Schwerpunkt im Landesbudget nennt Frau Landeshauptfrau Mag. Burgstaller die Kinderbetreuung. Dafür gebe es zusätzliche Mittel. Ab Herbst 2006 werde es das neue Kinderbetreuungsgesetz geben, das hoffentlich kindergerechte, aber auch unbürokratische, offene und über Gemeindegrenzen hinaus flexible Kinderbetreuung ermöglichen werde.

Für das Budget relevante Kostensteigerungen seien auch im Sozialbereich zu verzeichnen. Es müssen Initiativen gesetzt werden, dass auch behinderte Menschen selbst bestimmt leben und arbeiten können. Dafür brauche es neue Wohnformen, die unterstützt und gefördert werden müssen. Die Ausgabensteigerungen im Jugendwohlfahrtsbereich bezeichnet Frau Landeshauptfrau Mag. Burgstaller als sehr schmerzlich, weil man wegen zerrütteter Familien immer mehr Fremdunterbringungen von Jugendlichen benötige.

Einen großen Bereich im Landeshaushalt stelle der Gesundheitsbereich dar. Die Dynamik bei den Ausgaben sei entsprechend hoch. Die Einnahmen können damit überhaupt nicht Schritt halten. Die Gründe dafür seien vielfältig. Die Anknüpfung der Finanzierung des Gesundheitswesens an die Sozialversicherungsbeiträge funktioniere nicht mehr. Weil ua die Löhne sich nicht entsprechend entwickeln und die Arbeitslosigkeit hoch sei, komme zu wenig Geld herein.

Tatsache sei aber, dass die Entwicklung im Gesundheitsbereich so dynamisch sei, dass es auch nicht ausreichen würde, etwa in einer Gesellschaft mit Vollbeschäftigung eine Bedeckung zu finden. Wenn es einen Grundsatz gebe, dann jenen: „Gleicher Zugang zu medizinischer Leistung für alle“. Dieser Grundsatz werde sowohl in Salzburg als auch in Österreich weiter verfolgt und stelle eine große Herausforderung bei der Erstellung der Budgets dar. Abgeschlossen konnte nun auch die lang anstehende Gehaltsreform in den Landeskliniken werden.

Abschließend stellt Frau Landeshauptfrau Mag. Burgstaller fest, dass die selbst gewählten und vorgegebenen Schwerpunkte im Rahmen des Möglichen gut budgetiert worden seien, wobei klar sei, dass die Einsparungen und Kürzungen schmerzen. Es wäre aber nicht vernünftig, neue Schulden zu machen. Schulden und Außenfinanzierungen durchzuführen, wäre nur dann ein geeigneter Weg, wenn man investiere. Landeshauptfrau Mag. Burgstaller bedankt sich bei Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus und bei den RegierungskollegInnen sowie bei der Abteilung 8 des Amtes der Landesregierung für die Zusammenarbeit bei der Erstellung des Landesvoranschlags.

Sodann erläutert in der Generaldebatte das für Finanzen ressortzuständige Regierungsmitglied Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus die Daten des vorliegenden Landesvoranschlags 2006 samt den finanz- und steuerrechtlichen sowie volkswirtschaftlichen Eckdaten:

Das Land Salzburg soll auch 2006 keine neuen Schulden für laufende Ausgaben machen. Trotzdem soll mehr Geld für die Schwerpunkte Kinderbetreuung und Arbeitsplätze eingesetzt werden. Gleichzeitig müssen auch die Mehrkosten im Bereich Gesundheit und Soziales bedeckt werden. Damit sei sparsames Wirtschaften die Voraussetzung zur Verwirklichung dieser Ziele.

Der ordentliche Haushalt des Landes Salzburg umfasst im Jahr 2006 € 1,707 Mrd. Im vergangenen Jahr waren dies € 1,64 Mrd. Dazu kommen € 53 Mio, die im außerordentlichen Haushalt für Investitionen zur Verfügung stehen (2005: € 47 Mio).

Zu den äußeren Gegebenheiten wird Folgendes festgestellt:

Das Land Salzburg sieht sich nun das vierte Jahr in Folge von einer sehr angespannten Einnahmenentwicklung betroffen. Denn die tatsächlich verfügbaren Einnahmen des Landes steigen wesentlich langsamer als das Gesamtvolumen. Der Grund liegt darin, dass der überwiegende Teil der Einnahmen des Landes zweckgebunden sei und nicht frei verfügbar wäre. Dazu gehören beispielsweise die Gehälter der Lehrer oder die Zuweisung aus der Gesundheitsfinanzierung für das Personal der landeseigenen Krankenanstalten. Die disponiblen Einnahmen des

Landes werden im Jahr 2006 rund € 577 Mio betragen. Im Landesvoranschlag 2004 waren bereits € 574 Mio eingeplant gewesen.

Dass über zwei Jahre lediglich eine geringe Erhöhung an Einnahmen zu erwarten war, habe vor allem zwei Gründe. Erstens sei das Land Salzburg wie ganz Österreich von einer schwachen Konjunktur betroffen. Das reale Wirtschaftswachstum in Österreich wird sich 2005 voraussichtlich auf 1,7 % und im Jahr 2006 lediglich auf 1,8 % belaufen. Von der Konjunktur hängen direkt die Steuerleistungen ab. In den vergangenen Monaten des Jahres 2005 war es zu einer konstanten Reduzierung der Prognosen für das Wirtschaftswachstum gekommen. Ursprünglich war für das Jahr 2005 noch die Rede von einem Wirtschaftswachstum von 2,5 %. Für das Jahr 2006 wurde beim Land Salzburg nun die vorsichtige Zahl von 1,8 % der Kalkulation zugrunde gelegt. Der zweite Grund, warum die Einnahmen des Landes hinter den Erwartungen zurückbleiben, sei die Steuerreform des Bundes. Gegenüber einem Szenario ohne Steuerreform verliert das Land Salzburg im Jahr 2006 € 39 Mio. Dies habe Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus bereits mehrfach kritisiert. Versprechen der Steuerreform hätten sich nicht realisiert. Bekanntlich wurde damit argumentiert, dass die Steuerreform die Wirtschaft erheblich beleben und somit zu einer Kompensation der Ausfälle führen würde. Davon sei aber nichts zu spüren.

Die Steuerreform des Bundes wirke sich auf das Land Salzburg dahingehend aus, dass davon ausgegangen werden könne, im kommenden Jahr um 3,3 % mehr an disponiblen Steuereinnahmen zu verfügen als im Jahr 2005. Damals musste man freilich die zur Verfügung stehenden Mittel noch um 1,9 % gegenüber dem Landesvoranschlag 2004 reduzieren.

Nach dem Landesvoranschlag 2006 würden sich die € 1,7 Mrd wie folgt verteilen:

- € 404 Mio für Gesundheit
- € 395 Mio für Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung
- € 361 Mio für Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft
- € 205 Mio für Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung
- € 94 Mio für Straßen- und Wasserbau sowie Verkehr
- € 64 Mio für die Wirtschafts- und Landwirtschaftsförderung
- € 39 Mio für Kunst, Kultur und Kultus
- € 6 Mio für öffentliche Ordnung und Sicherheit sowie
- € 1,5 Mio für Dienstleistungen.

Zusätzlich entfallen € 136 Mio auf die Finanzwirtschaft (einnahmenseitig vor allem Transferzahlungen vom Bund an das Land Salzburg, ausgabenseitig Überweisungen vom Land an die Gemeinden sowie an den Schuldendienst). Damit übersteigen bei dieser Gruppeneinteilung

erstmals die Ausgaben für die Gesundheit die Ausgaben für Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung in einem Landesvoranschlag, so Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus.

Wenn man die Ausgaben detaillierter ansieht, so ist vor allem von einigen besonders dynamisch wachsenden Bereichen auszugehen. Ein wichtiges Beispiel sei der Gesundheitsbereich, in dem die Aufgaben rapide steigen. Abzüglich der Einnahmen in diesem Bereich stellt das Land Salzburg im Jahr 2006 insgesamt € 162 Mio für das Gesundheitswesen zur Verfügung. Vor zehn Jahren waren dies lediglich € 69 Mio. Hauptgrund für die wachsenden Ausgaben sei die Alterung der Bevölkerung. In dieser Summe seien auch die Beiträge des Landes Salzburg zum Gesundheitsfonds SAKRAF sowie die Abgangsdeckungen bei den landeseigenen Anstalten enthalten. Die landeseigenen Krankenanstalten werden voraussichtlich einen Abgang von € 53 Mio im Jahr 2006 verursachen. Der Grund für diesen Abgang liege vor allem in der Deckung der Gesundheitsfinanzierung durch Bund und Sozialversicherungen begründet. Die Krankenanstalten aller Rechtsträger seien auf Grund dieser strukturellen Unterfinanzierung mit Abgängen konfrontiert.

In diesem Zusammenhang sei darauf hinzuweisen, dass im Jahr 2001 18,8 %, im Jahr 2030 31,3 % und im Jahr 2050 rund 35,5 % der Bevölkerung in einem Alter von über 60 Jahren stehen würden. Die Gesundheitsausgaben im engeren Sinn haben im Jahr 2004 € 386,5 Mio (22,57 % des Gesamthaushaltes), im Jahre 2005 € 375,4 Mio (22,20 %) und im Jahre 2006 € 399,6 Mio (22,70 % des Gesamthaushaltes) betragen.

Ebenfalls sehr dynamisch entwickelten sich die Ausgaben für die öffentliche Wohlfahrt. Die Nettoausgaben des Landes Salzburg stiegen in diesem Bereich von 1996 von € 50 Mio auf € 75 Mio im Jahr 2006. Vor allem im Vergleich zum vergangenen Jahr 2005 stiegen die Nettoausgaben des Landes um rund 10 %. Wie im Gesundheitsbereich ist die Dynamik bei den Sozialausgaben vor allem in den demographischen Veränderungen zu finden. Immer mehr ältere Menschen befänden sich in Pflegeheimen. Eine steigende Anzahl von zu betreuenden Behinderten verursachen ebenfalls die starke Dynamik der Ausgaben.

Besonders wichtig sei es Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus, dass im Budget 2006 Schwerpunkte gesetzt werden. Zum einen sei das die Kinderbetreuung, zum anderen die Verbesserung des Arbeitsmarktes. Hinsichtlich der Kinderbetreuung wären im Landesvoranschlag 2006 knapp € 22 Mio vorgesehen. Das sei eine Steigerung um 8,5 % gegenüber dem Vorjahr. Bekanntlich steht im Jahr 2005 eine zusätzliche Million Euro zur Verfügung. Im Jahr 2006 steht nicht nur diese zusätzliche Million erneut für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung, sondern das Budget wird in diesem Ressortbereich um zusätzlich € 1,7 Mio erhöht. Davon erwarte sich Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus, dass mit dieser besseren Dotation es zu einem weiter spürbaren Ausbau der Kinderbetreuungsplätze kommen werde. Zum

zweiten Schwerpunkt, der Verbesserung des Arbeitsmarktes, wird ausgeführt, dass dies ein wichtiges Ziel der Landesregierung wäre. Dieses finde sich auch im vorgelegten Budget in einigen Positionen wieder. Zum einen wurde im außerordentlichen Haushalt eine deutliche Ausweitung der Investitionen vorgenommen. Die Investitionen steigen um 13 %. Diese umfassen Baumaßnahmen bei den Landeskliniken, die Unterstützung verschiedenster Schulbauten, aber auch die Vorsorge für Hochwasserbauten, die nun notwendig wären. Alle diese Investitionen wären arbeitsmarktwirksam. Weiters wird mehr Geld für aktive Arbeitsmarktpolitik vorgesehen. Inklusiv des Programms "Equal" der Europäischen Union wird es insgesamt € 5,2 Mio im Jahr 2006 für die aktive Arbeitsmarktpolitik geben. Weiters werden Gelder für die Verbesserungen der Lokalbahn und für eine Reihe andere Verkehrsinvestitionen vorgesehen, die insgesamt für die Bauwirtschaft interessant sein werden. Schließlich wurde die für die Baubranche so wichtige Wohnbauförderung abgesichert. Durch die vorgeschlagene Schaffung eines Salzburger Landeswohnbaufonds werde garantiert, dass die Wohnbaugelder langfristig weiterhin zur Verfügung stehen.

Weiters werde damit gerechnet, dass die Mobilisierung der Mittel aus der "Zukunft Land Salzburg AG" sich positiv auswirken. Die Gelder in der ZLS waren bekanntlich in der Vergangenheit zu wenig eingesetzt worden. Nun komme es zur Kapitalherabsetzung und zur Entnahme von € 15 Mio. Mit diesen wird sichergestellt, sollte es zu Thermenprojekten Innergebirg oder zu Badprojekten in der Stadt Salzburg kommen, dass das Land Salzburg dazu einen Beitrag leisten kann.

Das Land Salzburg werde nach dem Landesvoranschlag 2006 auch weiter „oben“ sparen. Beispielsweise würden die Ausgaben für Repräsentation weiter gekürzt. Im Jahr 2004 waren es € 405.000,-- die hierfür vorgesehen waren, im Jahr 2005 € 374.000,--. Im Jahr 2006 sind nun nur mehr € 355.000,-- vorgesehen. Ähnlich die Entwicklung bei Ehrungen und Auszeichnungen. Nach € 103.000,-- im Jahr 2004, € 78.000,-- im Jahr 2005, werden 2006 nur mehr € 74.000,-- hierfür vorgesehen.

Bei der Parteienförderung wurde erneut vereinbart, dass die Parteien nicht die für sie gesetzlich vorgesehenen Summen erhalten. Pro Abgeordneten müssen die Parteien auf € 5.000,-- im Vergleich zu den gesetzlich vorgesehenen Werten verzichten. Auch bei der Eigenwerbung komme es zu weiteren Kürzungen. Für das Marketing im Jahr 2004 wurden noch € 267.000,-- ausgegeben, 2005 waren nur mehr € 105.000,-- vorgesehen, 2006 fällt man nun erstmals unter die Grenze von € 100.000,-- und sieht nur mehr € 94.500,-- vor. Auch die Verfügungsmittel für die einzelnen Regierungsmitglieder und für die Präsidenten des Landtages wurden ebenfalls erneut gekürzt. Standen 2004 noch gut € 30.000,-- zur Verfügung, waren es 2005 € 26.700,-- und seien es nach Landesvoranschlag 2006 nur mehr € 25.400,--.

Auch in der Verwaltung muss weiter gespart werden. Mit dem Budget wird beschlossen, dass ein Aufnahmestopp mit Augenmaß weiter bestehen werde. dies bedeute, dass es Aufnahmen nur in Ausnahmefällen geben werde, wie zB für Lehrlinge oder Behinderte. Auch die Sachausgaben der Verwaltung wurden weiter gekürzt. Schließlich wurde ein besseres Immobilienmanagement beschlossen. Es soll zur Schaffung einer betriebsähnlichen Einrichtung kommen, die nach betriebswirtschaftlichen Kriterien den Grund- und Gebäudebesitz des Landes Salzburg besser betreuen und verwerten soll. Unbeschadet dessen, sollen das Eigentum des Landes Salzburg wie seine Firmenbeteiligungen an Salzburg AG, Salzburg Airport, GSWB, Messezentrum sowie die Wohnbaurücklagen nicht angetastet werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass für laufende Ausgaben keine Schulden gemacht werden und es gelungen sei, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Lediglich für die Hilfe nach dem Hochwasser werden kurzfristig Kredite in einem Volumen von gut € 5 Mio aufgenommen, um sofort helfen zu können. Die Planungen gehen davon aus, dass der Schuldenstand des Landes Salzburg Ende 2006 bei € 437 Mio zu liegen kommen werde. Beim Kassturz aus Anlass des Regierungswechsels waren es noch € 440 Mio.

Finanzwirtschaftlich ist festzuhalten, dass die Finanzergebnisse des Landes nach den Maastricht-Kriterien sogar einen Überschuss erwirtschaften. Demnach sind im Jahr 2006 € 88,1 Mio als Maastricht-Überschuss ausgewiesen. Das entspräche einer Steigerung von € 6 Mio gegenüber dem Jahr 2005. Diese Prognose des Maastricht-Defizits steht im Kontrast zu den Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspakts, wonach das Land Salzburg sogar einen Überschuss von € 101 Mio erwirtschaften müsse. Ob dieser erreicht werden könne, entscheide sich erst mit dem Rechnungsabschluss 2006.

Salzburg war nicht allein mit seinen Problemen bei der Erstellung des Landesvoranschlages. Alle österreichischen Bundesländer würden unter ähnlich schwierigen Situationen "leiden". Dazu einige Beispiele:

- In Niederösterreich hat man bereits einen Landesvoranschlag für das Jahr 2006 beschlossen, der eine zusätzliche Neuverschuldung von mehr als € 200 Mio vorsieht.
- In Vorarlberg wird man im Jahr 2006 voraussichtlich eine zusätzliche Verschuldung von € 10 Mio in Kauf nehmen.
- In Oberösterreich hat man bereits die Wohnbauförderungsdarlehen verkauft, der daraus resultierende Ertrag von ursprünglich mehr als € 1 Mrd wird im kommenden Jahr um mehr als € 232 Mio abgebaut werden, um den laufenden Haushalt zu bedienen.
- Tirol, das lange Zeit eine ähnlich stabilitätsorientierte Finanzpolitik verfolgte wie Salzburg, wird im kommenden Jahr voraussichtlich einen Abgang von € 63,2 Mio verzeichnen.

- In Kärnten liegen die Zahlen für den Landesvoranschlag 2006 noch nicht vor, allerdings betrug die Nettoneuverschuldung bereits im laufenden Jahr € 74,4 Mio.

Abschließend betont Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus die konstruktive Rolle, die alle Regierungskollegen bei den Verhandlungen eingenommen hätten. Bereits im Juni waren umfangreiche Einsparungen beschlossen worden, die im Oktober noch bestehende Lücke von € 40 Mio war schließlich vor allem durch die Mobilisierung der Wirtschaftsgelder (€ 15 Mio), die Lukrierung der Zinsdifferenz und Verwaltungseinsparung in der Wohnbauförderung (€ 8 Mio), Immobilieneinnahmen (€ 3 Mio) und den Verzicht auf viele Wünsche der Regierungskollegen (€ 10 Mio) geschlossen worden. Vom Landtag erhoffe sich der Finanzreferent eine ähnlich kooperative Rolle. Bekanntlich seien bereits bei der Erstellung des Landesvoranschlages die Informationen dem Landtag zur Verfügung gestellt worden.

In der Generaldebatte leitet Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer seinen Diskussionsbeitrag mit der Feststellung ein, dass ein Budget die in Zahlen gegossene Politik sei. Der Landesvoranschlag 2006 sei vom Leitgedanken des Sparens geprägt. Dabei werde versucht, dynamische Ausgabenentwicklungen durch Sparen einzudämmen und gleichzeitig Schwerpunkte zu bilden. Der Landeshaushalt habe eine große Bedeutung für die Entwicklung des Landes und stehe auch in einem konkreten Bezug zur gesamten Volkswirtschaft. Bei einem Blick auf die gesamtwirtschaftlichen Daten des Land Salzburg sei erkennbar, dass das Land Salzburg gut dastehe, was an konkreten Beispielen belegbar sei. So beträgt das Bruttoregionalprodukt von Salzburg € 15,7 Mrd. Im Vergleich dazu habe der Landeshaushalt ein Volumen von € 1,7 Mrd. Das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung betrage € 30.400,-, womit dieses um 11 % erheblich über dem Durchschnitt der österreichischen Bevölkerung liege. Der große Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeiten liegt im so genannten tertiären Sektor, dem Dienstleistungssektor, welcher einen Anteil von 74,69 % der volkswirtschaftlichen Gesamtleistungen erreicht habe. Die Sachgüterproduktion hingegen habe einen Anteil von 24,55 %. Die Analyse der Entwicklung beweise auch die Erfolgsgeschichte des Salzburger Tourismus, welcher eine Wachstumsrate von plus 5,6 % aufweise. Gliedert man die Wirtschaftssektoren nach der Anzahl der Erwerbstätigen, so ergebe sich ein vergleichbares Bild. Es habe noch nie so viele Beschäftigte gegeben wie zum jetzigen Zeitpunkt, nämlich 221.367 Personen.

Auch sei die Arbeitslosigkeit mit 2,7 % nach EU-Berechnungsmethode um 2 % geringer als im österreichischen Durchschnitt. Das Land Salzburg könne im Zeitraum von Jänner bis September 2005 auf eine Arbeitslosenrate von 4,9 % verweisen. Die Vergleichszahl im österreichischen Durchschnitt beträgt 7,1 %. Damit sei im Land Salzburg die Arbeitslosenrate um 2,1 % geringer als im Bundesdurchschnitt. Bedauerlicherweise ist gegenüber dem Vorjahr 2004 die Arbeitslosenrate im Bundesland Salzburg um 0,1 % gestiegen. Nach EU-Definition betrug die Arbeitslosenrate im ersten Quartal 2005 insgesamt 2,7 %, im Bundesdurchschnitt 5,2 %.

Unerfreulich sei die Tatsache, dass der Anteil der Arbeitslosen in den südlichen Regionen des Landes mit 41 % überdurchschnittlich hoch sei, weil der Anteil der Bevölkerung in diesen Bezirken 31 % der Landesbevölkerung ausmache. Die klare Schlussfolgerung sei, dass der Süden durch Wirtschaftsförderung und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sowie Projektentwicklungen stärker bedient werden müsse, nachdem in der letzten Regierung mit Landeshauptmann Univ.-Doz. Dr. Schausberger für den Zentralraum und die Stadt Salzburg sehr viel geschehen sei. Bemerkenswert sei trotz der unerfreulichen Jugendarbeitslosigkeit, dass es immer noch mehr offene Lehrstellen als Arbeitsplatzsuchende gebe.

Das durchschnittliche Einkommen der Salzburgerinnen und Salzburger sei mit minus 1 % geringfügig gesunken, was sich aus der Herkunft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Sparten erkläre. So werden im Handel und im Tourismus geringere Gehälter als in anderen Bereichen bezahlt. Die Bedeutung der Salzburger Wirtschaft liege auch in ihrer Struktur mit den zahlreichen Klein- und Mittelbetrieben.

Zusammenfassend kann – so Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer weiter – gesagt werden, dass das Land Salzburg und seine Wirtschaft im internationalen Vergleich hervorragend dastünden. Es sei daher von besonderer Bedeutung, dass die negativen Aussagen über das Budget nicht gut wären. Vielmehr sollte man von den Optimismus Anlass gebenden Kennzahlen, etwa der österreichischen Wirtschaft im Vergleich mit Deutschland, ausgehen. Dieser Vergleich falle positiv zugunsten der Politik der österreichischen Bundesregierung und der vorgenommenen Steuerentlastung aus. Weiters übertreffe das österreichische Wirtschaftswachstum das von Deutschland mehrfach. Die Wirtschaftsleistungen seien besser, die Exportquote höher. Auch beim Lohnstückkostenvergleich sowie bei der Wirtschaftsproduktivität falle der Vergleich zugunsten Österreichs positiv aus.

Der frühere deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker habe die wichtigste Aufgabe politischer Führung damit auf den Punkt gebracht, indem er formulierte: "das langfristig Notwendige kurzfristig mehrheitsfähig zu machen". Dies sei der aktuellen österreichischen Bundesregierung bisher hervorragend gelungen. Auch anders zusammengesetzte Regierungen hätten diese Reformaufgaben ebenso erledigen müssen.

Die OECD zählt Österreich zu den Top-Ländern Europas, der Internationale Währungsfonds nenne Österreich ein "Musterbeispiel an Reformpolitik". Vor allem ein Blick in die deutschen Medien mache deutlich, wie anerkannt das "Erfolgsmodell Österreich" sei. Da gibt es folgende Zitate:

- "Österreich – das bessere Deutschland." (Manager-Magazin, März 2005);
- "Das kleine Österreich als Vorbild für das große Deutschland." (Der Spiegel, 1. August 2005);

- "Wirtschaftswunderland Österreich." (ZDF, 17. März 2005);
- "Halb so hohe Arbeitslosigkeit. Halb so hohes Defizit. Viel höheres Wachstum. Österreich trumpft auf und lockt deutsche Unternehmer an." (ZDF, 17. März 2005).

Die viel kritisierte Bundesregierung stehe – so Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer – unter schwierigen Rahmenbedingungen für

- Wachstum, wo andere stagnieren,
- einen sanierten Haushalt,
- Rekordbeschäftigung mit 3.330.400 unselbstständig Beschäftigten im Juli 2005 und
- Rekordunternehmensgründungen (rund 30.000 pro Jahr) sowie
- Rekordexporte kombiniert mit steigender sozialer Sicherheit. Noch nie wurde in Österreich so viel exportiert, wurden so viele Arbeitsplätze geschaffen und wurde so viel für soziale Leistungen ausgegeben wie in den letzten Jahren,
- für niedrige Arbeitslosenraten im EU-Vergleich,
- höchste Flexibilität des Arbeitsmarktes bei gleichzeitig hoher Lebensqualität und sozialer Sicherheit, für qualifizierte, motivierte und leistungsbereite Arbeitnehmer und für eine bessere Grundstimmung in diesem Land.

Weiters seien die Staatsschulden von Österreich von 66,5 % im Jahr 1999 auf 63,3 % des BIP im Jahr 2005 gesunken. Im Vergleich dazu sei die Staatsschuldenquote in Deutschland von 60,2 % im Jahr 2000 auf 68 % im Jahr 2005 angestiegen.

Durch die Steuerreform konnte insgesamt eine Entlastung für die gesamte Bevölkerung im Ausmaß von über € 3 Mrd erzielt werden. Die Steuerreform 2004/2005 sei die größte Steuerreform in der Zweiten Republik bisher gewesen. Der neue Steuertarif sei für den Einzelnen eine Entlastung bzw ein Gewinn für alle. Durchschnittlich wird jeder österreichische Steuerzahler mit rund € 500,- entlastet. Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen profitieren in erhöhtem Maße von den Entlastungen. So bezahlen beispielsweise seit 1. Jänner 2005 von den insgesamt 5,9 Mio Erwerbstätigen und Pensionisten 2,55 Mio überhaupt keine Einkommens-/Lohnsteuer mehr. Darüber hinaus garantiere der neue Steuertarif eine dauerhaft leistungsfreundliche und leistungssteigernde Wirkung. Damit sei auch eine Entlastung der Wirtschaft verbunden. Sie komme vor allem Klein- und Mittelbetrieben zugute, da 83 % der österreichischen Kapitalgesellschaften weniger als 20 Mitarbeiter beschäftigen. Dadurch wird die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft gegenüber den wichtigsten Mitbewerbern erhöht. So zahle zB ein deutsches Unternehmen beinahe 40 % an Steuern. Die Senkung der Körperschaftssteuer sei für rund zwei Millionen Arbeitnehmer in Österreich, die in einem Klein- und Mittelunternehmen beschäftigt seien, ein weiterer Beitrag zur Sicherung des Arbeitsplatzes. Auch für die Familien sei eine massive Entlastung damit verbunden.

Die Bedeutung der Salzburger Wirtschaft liegt vor allem auch darin, dass sie eine hohe Zahl von Klein- und Mittelbetrieben aufweist. So gibt es 5.355 Betriebe mit einem Arbeitsplatz, 7.711 Betriebe mit zwei bis vier Arbeitsplätzen und 4.325 Betriebe mit fünf bis neun Arbeitsplätzen. Weiters gab es im Jahr 2001 1.357 Betriebe mit 20 bis 49 Arbeitnehmern. 2004 betrug die Unternehmensgründungen 2.207.

In Österreich gibt es derzeit 900.000 Alleinverdiener, darunter 100.000 Alleinerzieher. Diese werden durch neue Kinderzuschläge zum Absetzbetrag besonders entlastet. Die Zuverdienstgrenze beim Alleinverdienerabsetzbetrag mit Kindern wird deutlich angehoben und zwar von € 4.400,- auf € 6.000,-, was in besonderem Maße Frauen zugute kommen werde. Auch diese Maßnahme im Familienbereich gilt bereits für das gesamte Jahr 2004. Die Pendlerpauschale wird generell um etwa 15 % angehoben. Damit werden ihre Kostenerhöhungen für die Wegstrecke Wohnung – Arbeitsstätte pauschal abgegolten. Auch die Anhebung des Pendlerpauschales gelte bereits für das gesamte Jahr 2004.

Zugegebenermaßen bereite diese Reformpolitik des Bundes einnahmenseitig gewisse Probleme für den Landeshaushalt, welche aber lösbar waren. Es gelte nunmehr, den ausgeglichenen Landesvoranschlag mit Leben zu erfüllen.

Abschließend sei Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus als Finanzreferent herzlich zu gratulieren. Dem Budget können Schwerpunkte auf dem Gebiet des Wirtschaftswachstums, des regionalen Ausgleichs und der Prioritätensetzung trotz Sparsamkeit bescheinigt werden.

In weiterer Folge melden sich sowohl Mitglieder der Landesregierung als auch Abgeordnete in der Generaldebatte zu Wort.

So führt Klubobmann Abg. Dr. Schnell (FPÖ) aus, dass ihn das Budget an einen Sicherheitsbericht bzw eine Sicherheitsdebatte erinnere. Das vorliegende Budget sei ein Scheinbudget, dass sich nicht mit den wahren Problemen des Landes Salzburg befasse. Man habe nach der Aufgabenreform I und II weitere Projekte entwickelt, wodurch der Eindruck entstehen solle, man würde auch in der Verwaltung sparen. Wenn man über mehrere Jahre die Finanzpolitik der Landesregierung verfolge, so werde in Salzburg eine Linie klar. Die Regierung halte sich nicht an die eigenen festgelegten Prioritäten, wie zB den Schuldenstand nicht anwachsen zu lassen. Im Gegenteil, der Schuldenstand steige vielmehr um € 5,2 Mio an. Außerdem würden € 8,5 Mio vom Schuldendienst zurückgenommen werden. Auch, dass das Familiensilber nicht angetastet werden würde, stimme so nicht. Als weiteres Dilemma spricht Klubobmann Abg. Dr. Schnell ua auch die Personalpolitik des Landes an. Gefallen habe ihm im Vorjahr die Ankündigung der Landesregierung, dass bei den "Großen" gespart werde. Das habe sich aber leider nicht be-

wahrheitet. Für die wirklich Armen sei nun nichts da, daher werde die FPÖ diesem Budget nicht zustimmen, so abschließend Klubobmann Abg. Dr. Schnell.

In der Wortmeldung von Frau Klubobfrau Mag. Rogatsch (ÖVP) müsse man allen, die am Budget mitgearbeitet haben, das Kompliment machen, dass dieses übersichtlich und kompetent gestaltet worden wäre. Man müsse auch das Bemühen, keine Neuverschuldung zu erwirtschaften, anerkennen. Dies sei nicht gelungen, weil das Land vor allem auch auf die Begleitumstände wie die Entschädigungen für das Hochwasser im Vorjahr, die im Jahr 2006 noch notwendig wären, oder die explodierenden Gesundheitskosten keinen Einfluss habe. Hinsichtlich der Steuerreform des Bundes wäre festzuhalten, dass diese richtig sei, weil das Geld direkt den Konsumenten in die Hand gegeben wäre und damit dem Wirtschaftssystem unmittelbar zu komme. Anzuerkennen sei, dass trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen es gelungen sei, Schwerpunkte zu setzen. Die ÖVP begrüßt die Schwerpunkte Arbeit und Wirtschaft, Kinderbetreuung, Gemeinden und Gesundheit. Das vorliegende Budget lasse einen breiten Bogen in Richtung Gestalten und Verwalten offen, wegen der erzielten "schwarzen Null" werde ihre Fraktion diesem zustimmen.

Abg. Schwaighofer (Die Grünen) bedankt sich zum Eingang seines Diskussionsbeitrages in der Generaldebatte für die rasche und umfangreiche Beantwortung der vielen von den Grünen eingebrachten Fragen. Es seien alle Antworten noch vor den Budgetberatungen eingelangt. Zum Landesvoranschlag unmittelbar erklärt Abg. Schwaighofer, dass wenig Spielraum für Entwicklungen bestehe. Man müsse sich allerdings die Frage stellen – ohne hierfür auch gleich Zahlen anführen zu müssen – ob es nicht auch ganz anders gehen könnte. Die Spielräume im Budget wären gering. Nach Meinung der Grünen hätte die Regierung die Pflicht, gerade im Bereich der Bildung mit dem Sparstift äußerst vorsichtig umzugehen. Pflicht wäre es auch, sich stärker in der Armutsbekämpfung zu engagieren. In der Kultur müsste vor allem die zeitgenössische Kultur stärker gefördert werden. Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energie müssten besonders gefördert und geschaffen werden. Mehr Investitionen in die Bereiche Forschung und Gesundheit seien ebenfalls Pflicht. Darüber hinaus sehen die Grünen die Olympiabewerbung als "Kür" an. Weiters spiele die Zukunft Land Salzburg AG nach wie vor eine viel zu große Rolle, aber auch die Repräsentationskosten. Das Budget sei sehr konservativ, es lebe die bisherigen Strukturen weiter. Verabsäumt wurde, gewisse Umstellungen vorzunehmen wie zB in Richtung Energiewende oder in der Bildungspolitik.

Sodann schließt Klubvorsitzender Abg. Mag. Brenner (SPÖ) die Reihe der Wortmeldungen der Klubobleute bzw -vorsitzenden. Dabei geht dieser auf die Kritik der beiden Oppositionsparteien ein. Weiters stellt der Genannte fest, dass es äußerst schwierig war, unter den gegebenen Umständen einen Budgetentwurf zu erstellen. So sei einfach das Hochwasser nicht "kalkulierbar" gewesen. Es müssten im Jahr 2006 noch € 5,3 Mio an Schadenersätzen abgetragen wer-

den. Entgegen der Behauptungen der Oppositionsparteien würde überdies die Regierung im eigenen Bereich sparen und keine Kostenausweitung vornehmen. So seien die Verfügungsmittel gesunken, die Ausgaben für Marketing und Repräsentation. Darüber hinaus gebe es einen Nachholbedarf beim wirtschaftlichen Wachstum. Die konjunkturelle Entwicklung sei von den Kriegen (Irak), den Krisen (Naher Osten) und dem rasanten Anstieg des Ölpreises ("Öldurst") von China nicht unbeeinflusst. Weiters habe das Landesbudget sich sehr um einen investiven Sektor bemüht, damit auch im Sinne einer Belebung der Wirtschaft etwas unternommen werde. So sei der ao Haushalt ausgesprochen hoch ausgefallen. Es sei trotz des Spargedankens eine Schwerpunktbildung sowie eine Konsolidierung vorgenommen worden.

In besonderer Weise gehen Abg. Dr. Petrisch (ÖVP) und Abg. Mag. Scharfetter (ÖVP) auf Fragen der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik ein. So würde das Budget der Schwerpunktbildung des Arbeitsübereinkommens der neuen Landesregierung entsprechen. Es sei gelungen, mit einem Volumen von € 1,7 Mrd einen ausgeglichenen Haushalt zu erstellen. Auch wenn es gelungen sei, die Finanzierungslücke bis zur Vorlage des Landeshaushaltes 2006 zu schließen, so müsse man sich fragen, zu wessen Lasten diese Lücke geschlossen worden sei. Die Quote von Forschung, Bildung und Erwachsenenbildung mit plus 1 % sei weit unter dem Durchschnitt geblieben. Man müsse sich auch fragen, was Frau Landeshauptfrau Mag. Burgstaller als Ressortzuständige für Wissenschaftsförderung getan habe. Bedauerlicherweise sei in den Ressortbereichen Forschung und Wissenschaft sowie in der Erwachsenenbildung gegenüber dem Jahr 2005 ein Minus zu verzeichnen. Zur Debatte der Arbeitsplatzschaffung müsse doch wieder einmal mit Nachdruck festgestellt werden, dass Arbeitsplätze ausschließlich durch die Wirtschaft geschaffen werden. Das sei auch der Grund, warum die Wirtschaftsförderung überproportional mit plus 8 % angehoben wurde. Auch müsse die Mittelentnahme aus der Zukunft Land Salzburg AG gegengerechnet werden. Deshalb seien die Zahlen zur Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktbelebung nicht so beeindruckend, wie das gerne dargestellt werde. Große Sorge bereite der ÖVP die Explosion der Kosten auf dem Sektor des Gesundheits- und Sozialwesens.

Auch Abg. Mag. Scharfetter (ÖVP) betont in diesem Zusammenhang, dass die Zunahme des Bruttoinlandsproduktes um 0,1 % bis 0,3 % ausschließlich auf die Steuerreform zurückzuführen sei. Trotz dieser äußeren schwierigen Rahmenbedingungen sei es gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt zu erstellen. Es sei notwendig, bis zum Jahr 2009 im Hinblick auf die mittelfristige Finanzprognose über Einsparungen weiter nachzudenken. Es gebe nämlich beschränkte Möglichkeiten, das Budget einnahmenseitig zu gestalten bzw zu sanieren. Es bestehe darüber hinaus Konsens der beiden Regierungsparteien darüber, dass die Beteiligungen des Landes Salzburg an den genannten erfolgreichen Gesellschaften erhalten bleiben sollen. Man müsse allerdings nachdenken, ob nicht die Dividendenausschüttungen von höchst erfolgreichen Unternehmungen – unbeschadet etwa des Gemeinnützigkeitsgesetzes – etwas höher an

den Eigentümer Land Salzburg ausfallen könnten. Weiters müsste man über verschiedene Kosten der öffentlichen Hand nachdenken – wie zB sehr hohe Kosten im Bereich des Naturschutzes im Zusammenhang mit der Verkehrsinfrastruktur (Errichtungskosten für Unterführungen für Amphibien). Abschließend ist festzustellen, dass die Gewinner der Steuerreform die einzelnen Firmen wären und damit die Wirtschaft insgesamt. Es würden aber auch kinderreiche Familien und Alleinerzieher Nutznießer der Steuerreform sein. Ausdrücklich festzuhalten ist, dass besser Verdienende nicht zu den Nutznießern der Steuerreform zählen.

In einer Wortmeldung während der Generaldebatte geht Landesrat Dr. Buchinger auf verschiedene Fragen der Dienstposten ein. Dabei sei darauf hinzuweisen, dass die Dienstzuteilung von öffentlich Bediensteten aus der Landesverwaltung in verschiedene Regierungsbüros ausdrücklich projektbezogen erfolgt sei. Die Budgetausweitung sei im Bereich des Wohlfahrtswesens um 11,8 % ausdrücklich aufgrund von Pflichtaufgaben vorgenommen worden. Dazu zählen die Anpassung an Mindestlohntarife im Bereich der Sozialhilfe und die Steigerungen der Fallzahlen in der Sozial- und Behindertenhilfe. Auch das Projekt "Neustart" wäre für Jugendliche zur besseren Eingliederung in den Arbeitsmarkt unbedingt notwendig. Überdies läge das Wirtschaftswachstum um plus 0,1 % vor dem gesamteuropäischen Durchschnitt.

Landesrat Dr. Buchinger weist auch darauf hin, dass in Anbetracht des Strukturwandels in den Ländern (ständig steigende Sozial- und Gesundheitskosten und sinkende Einnahmen) die Verantwortung des Bundes künftig stärker greifen müsse. Eine Möglichkeit dies zu bewältigen, wäre eine stärkere Finanzierung durch Steuern, verknüpft mit starker sozialer Sicherheit, wie dies in den skandinavischen Ländern der Fall sei. Es sei ein Erfolgsrezept, einen flexiblen Arbeitsmarkt mit starker sozialer Sicherheit zu verbinden. Anerkennende Worte findet der Genannte für den österreichischen, speziell aber für den Salzburger Arbeitsmarkt im Vergleich zu Europa.

In seiner Kritik zur Steuerreform des Bundes meint Landesrat Dr. Buchinger, dass es ein Armutszeugnis sei, wenn aus einer Steuerreform mit einem Volumen von € 3 Mrd keine konjunkturellen Impulse ausgehen. Die tatsächlichen Schwerpunkte der Steuerreform seien verfehlt worden, weil die Klein- und Mittelbetriebe nicht davon profitieren. Von der Körperschaftssteuerreform könnten maximal 4.500 Betriebe in Salzburg profitieren – Salzburg habe aber 30.000 Betriebe. Die Hauptkritik sei aber weniger die Senkung des nominalen Satzes, sondern das Gruppenbesteuerungsprivileg, das in die Richtung gehe, dass mit Gewinnen, die österreichische und Salzburger Unternehmen erwirtschaften, nicht in Österreich investiert werden, um hier Arbeitsplätze zu schaffen, sondern dass mit den Gewinnen von österreichischen Arbeitnehmern im Ausland investiert werden.

Das Budget könne – so Landesrat Dr. Buchinger – weder als sozialdemokratisch noch als konservativ eingestuft werden. Beide Regierungsparteien würden sich im Budget mit ihren Ideen wieder finden können.

Abschließend weist Frau Landesrätin Eberle darauf hin, dass durch den Aufschrei gegen die Kürzung der Subventionen für die Küche eines Sozialbetriebes, dem Saftladen, auf die große Thematik aufmerksam gemacht wurde. So leben im Land Salzburg rund 60.000 Personen, davon 20.000 allein in der Stadt Salzburg, die weniger als € 800,-- pro Monat verdienen würden. Aktionen wie Vinzibus oder die Armenaus speisung des Kloster der Barmherzigen Schwestern vom hl Vinzenz von Paul und viele andere kleinere oder größere Aktionen seien dadurch wieder in das Licht der Öffentlichkeit gerückt worden. Man könne daraus erkennen, was auf diesem Gebiet geschehe, die Gesellschaft habe aber auch die Verpflichtung, zu helfen.

Die Gruppe 0 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 44.471.800,-- und Gesamtausgaben von € 205.181.300,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 0 des außerordentlichen Haushaltes mit keinen Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben von € 1.550.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 1 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 229.000,-- und Gesamtausgaben von € 5.941.600,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne - sohin einstimmig - angenommen.

Die Gruppe 2 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 296.805.600,-- und Gesamtausgaben von € 360.990.700,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 2 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 200.000,-- und Gesamtausgaben von € 6.103.500,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 3 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 6.573.300,-- und Gesamtausgaben von € 39.240.800,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 3 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 2.700.000,-- und Gesamtausgaben von € 6.115.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 4 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 318.839.700,-- und Gesamtausgaben von € 394.960.400,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 4 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben von € 4.010.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 5 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 238.138.400,-- und Gesamtausgaben von € 404.029.800,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 5 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 1.665.000,-- und Gesamtausgaben von € 12.110.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne - sohin einstimmig - angenommen.

Die Gruppe 6 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 60.938.400,-- und Gesamtausgaben von € 94.438.300,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 6 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 1.131.100,-- und Gesamtausgaben von € 18.022.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 7 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 4.477.600,-- und Gesamtausgaben von € 64.515.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 7 des außerordentlichen Haushaltes mit keinen Einnahmen und Gesamtausgaben von € 2.570.300,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 8 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 4.300.900,-- und Gesamtausgaben von € 1.480.700,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grüne gegen die Stimme der FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 9 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 732.541.500,-- und Gesamtausgaben von € 136.537.600,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 9 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 47.684.700,-- und Gesamtausgaben von € 2.900.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der ordentliche Haushalt des Landesvoranschlags 2006 mit Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben von je € 1.707.316.200,--, der außerordentliche Haushalt des Landesvoranschlags 2006 mit Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben von je € 53.380.800,-- und der Gesamthaushalt des Landesvoranschlags 2006 mit Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben von je € 1.760.697.000,-- werden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin mehrstimmig - angenommen. Der 1. Abschnitt – Landeshaushaltsgesetz 2006 wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin mehrstimmig - angenommen. Der 2. Abschnitt – Änderung des Salzburger Parteienförderungsgesetz wird unverändert mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne - sohin einstimmig - angenommen. Die Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz über den Landeshaushalt für das Jahr 2006 (Landeshaushaltsgesetz 2006) sowie über eine Änderung des Salzburger Parteienförderungsgesetzes wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Finanz- sowie der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellen mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die der FPÖ und der Grünen – sohin mehrstimmig – den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende ordentliche und außerordentliche Landesvoranschlag, die in der Nr. 141 der Beilagen enthaltenen Gesetze – Landeshaushaltsgesetz für das Jahr 2006 sowie das Parteienförderungsgesetz – werden zum Beschluss erhoben.
2. Der Kapitalherabsetzung des Anteiles des Landes Salzburg an der Zukunft Land Salzburg AG um € 15 Mio wird zugestimmt.
3. Die Landesregierung wird gemäß Art 48 Abs 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1999 ermächtigt, folgende Liegenschaften oder Teile davon zu veräußern:

Liegenschaft	Gemeinde	Katastralgemeinde	Einlagezahl
Gastgewerbeschule	Obertrum	56535 Obertrum	339
Wimmgut	St. Veit/Pg.	55125 St. Veit	7, 121, 243
Wimmgut	St. Veit/Pg.	55129 Schwarzach II	274, 579
S-Bahntrasse	Salzburg	56537 Salzburg	222
Grenzbergstraße 3a	Bad Gastein	55001 Bad Gastein	510
Badbergstraße 57	Bad Gastein	55001 Bad Gastein	843
Gailenbachweg 13a	Salzburg	56537 Salzburg	218
Oberndorfer Straße 43	Bergheim	56503 Bergheim I	1417
Wald (Wals und Grödig)	Wals-Siezenheim	56514 Gois	227
Aigner Straße 85	Salzburg	56501 Aigen I	50
Steinbruch Tannberg	Mattsee	56534 Obernberg	134
Steinbruch Tannberg	Lochen	40134 Tannberg	206
Straßenrandgrundstück	Wagrain	55135 Wagrain	13
Straßenrandgrundstück	Rauris	57215 Vorstandsre- vier	261
Straßenrandgrundstück	Großarl	55104 Eben	106

Salzburg, am 15. November 2005

Die Vorsitzende  
des Finanzausschusses:

Wanner eh

Der Vorsitzende des Verfas-  
sungs- und  
Verwaltungsausschusses:

Kosmata eh

Der Berichterstatter:

Zehentner eh

**Beschluss des Salzburger Landtages vom 14. Dezember 2005:**

Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die der FPÖ und der Grünen –  
sohin mehrstimmig – zum Beschluss erhoben.